

Zeitschrift: Der Friede : Monatsschrift für Friedens- und Schiedsgerichtsbewegung
Herausgeber: Schweizerische Friedensgesellschaft
Band: - (1912)
Heft: 1-2

Artikel: Pazifistische Rundschau
Autor: Schulthess, Konrad
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-802729>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 24.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

kurzen Zeit etwa 100, wenn auch zum Teil weniger bedeutsame Verträge auf allgemeine Arbitration abgeschlossen worden, durch die manche kriegerische Verwicklung vermieden wurde. In dem neuesten Marokko-Abkommen haben Deutschland und Frankreich etwaige Streitigkeiten vertragsmässig dem Haager Schiedsgerichtshof zur Schlichtung übertragen. Wer wollte leugnen, dass in den letzten Jahrzehnten die Wahrscheinlichkeit von Kriegen abgenommen hat?

So ist denn die Friedensbewegung, die seit einem Menschenalter eine ungeahnte Ausdehnung gewonnen und die bedeutendsten Kräfte aller Völker in ihren Dienst gezogen hat, vor allem eine Rechtsbewegung — eine Bewegung, welche darauf ausgeht, diejenigen Grundsätze, die unser privates Leben beherrschen, in einer allmählichen Entwicklung zum leitenden Grundsatz der Beziehungen zwischen den Nationen und Staaten zu erheben. Die Durchsetzung dieses Grundsatzes ist im wesentlichen eine Frage der Völkererziehung, die in weitem Umfange durch den Zwang der Verhältnisse gefördert wird: gegenüber den völkertrennenden Tendenzen werden die völkerverbindenden Einrichtungen immer zahlreicher und bedeutsamer, auf dem Gebiete des Verkehrs, von Kunst und Wissenschaft, vor allem auf demjenigen der wirtschaftlichen Interessen. Denn diese letzteren sind in einem solchen Umfange bereits international geworden und werden es immer mehr, dass bei den modernen Zerstörungsmitteln grosse Kriege unsere ganze Kultur erschüttern, wenn nicht vernichten, und dem Sieger ebensoviel Unheil bringen müssen als dem Besiegten. Diese Erkenntnis beherrscht bereits unsere Regierungen, aber sie muss zum Gemeingute der Völker werden, damit leidenschaftliche Ausbrüche, wie wir sie heute in Italien vor uns sehen, mehr und mehr unmöglich gemacht werden, damit sich die Menschen endlich einmal in Ruhe dem friedlichen Wettstreit ihrer Kulturarbeit widmen können. Soweit nicht die äusseren Verhältnisse diese Erziehung praktisch befördern und erzwingen, haben eben wir Vertreter der Friedensbewegung die besondere Aufgabe, sie mit allen Mitteln theoretisch zu pflegen und zu vertiefen. Möge daher jeder von uns in seinem Kreise, in der Familie, in der Gesellschaft, in der Schule, im politischen Leben, der erzieherischen Förderung des Rechtsgedankens dienen: dann werden wir zwar kaum mehr für uns selbst, wohl aber für unsere späten Enkel bessere und glücklichere Zustände herbeiführen und damit die Schuld an unsere Vorfahren abtragen, die für uns gedacht, gewirkt und gelitten haben.

—o—

Pazifistische Rundschau.

Von Konrad Schulthess, Zürich.

Es wäre erfreulich gewesen, wenn sich die Nachricht, die am ersten Tag des neuen Jahres der Telegraph meldete, Italien gebe nach und versuche, in Konstantinopel Friedensverhandlungen einzuleiten, bewahrheitet hätte. Allein es hat nicht sein sollen, wenigstens jetzt noch nicht, obgleich sich das Gerücht während einiger Zeit hartnäckig aufrecht erhielt. Dass Italien sich nach dem Frieden sehnt, ist begreiflich, seufzt es doch bereits unter den Folgen seines tripolitischen Abenteuers. Ebenso begreiflich aber ist andererseits, dass die Türkei nicht nachgeben will, da sie dieser Krieg nicht so an Mark und Knochen angreift wie den italienischen Gegner. Aber trotzdem darf man wohl annehmen, dass es den Mächten — die ja selbst das grösste Interesse haben an einer baldigen Beendigung des Krieges — gelingen wird,

eine Basis zu schaffen, welche eine für beide Teile annehmbare Grundlage bilden könnte zur Einleitung von Friedensverhandlungen. Welches aber diese Basis sein wird, ob die von einigen Blättern genannten Bedingungen oder andere, das kann gegenwärtig niemand sagen. Heute bleibt uns eben nichts anderes übrig, als abzuwarten.

* * *

Einen erfreulichen, ja fast möchte ich sagen glänzenden Sieg der Friedensidee haben wir in Oesterreich-Ungarn zu verzeichnen. Mit starker Hand hat Graf Aehrenthal eingegriffen und dem Versuch der Kriegspartei (von einer Partei kann man eigentlich nicht sprechen, denn wie anderwärts so bilden die Kriegshetzer auch in Oesterreich-Ungarn eine ganz verschwindend kleine Gruppe), die Donaumonarchie in eine verhängnisvolle Abenteuerpolitik zu verwickeln, ein jähes Ende bereitet. Der kriegslustige Herr Generalstabschef musste sein Amt quittieren, musste gehen, obgleich ihn der Thronfolger Franz Ferdinand zu halten versuchte, da dieser mit der italienfeindlichen Politik des Freiherrn völlig einverstanden war. Es ist merkwürdig und überaus bedauerndswert, dass in den beiden verbündeten Ländern Oesterreich-Ungarn und Deutschland gerade die Thronfolger es sind, welche einer Gewaltpolitik das Wort sprechen. Hoffen wir, die beiden künftigen Kaiser werden früher zu Einsicht und Vernunft als zur Herrschaft gelangen! Um so aner kennenswerter und erfreulicher ist es, dass die beiden Monarchen Wilhelm II. und Franz Joseph und ihre Regierungen den festen Willen haben, die bisherige Friedenspolitik aufrecht zu erhalten. Und dieser feste und erprobte Friedenswille ist es, womit sie sich nicht nur den Dank der Bevölkerung ihres eigenen Landes und der verbündeten Staaten, sondern den Dank ganz Europas erworben haben.

* * *

In einer kürzlich erschienenen und „Die volks- und staatswirtschaftliche Bilanz der Rüstungen“ (Verlag K. Konegen, Wien 1911) betitelten Schrift versucht Prof. Dr. Rud. Kobatsch in Wien die Frage zu beantworten, „ob und inwieweit die Rüstungen an und für sich gerechtfertigt und ob ihnen tatsächlich der vielfach offiziell behauptete Versicherungswert gegen Friedensbruch und gegen Schädigung der wirtschaftlichen Interessen im Auslande zukommt“. An Hand eines umfangreichen und instruktiven Zahlenmaterials gelangt Kobatsch dazu, diese Behauptung zu verneinen. Er weist nach, dass die vielfach aufgestellte Behauptung, Vermögens- und Einkommenbildung wie auch die Lohnsteigerung gehen in viel stärkerem Masse vor sich als Teuerung und Rüstungsausgaben, vollständig falsch ist, dass vielmehr Teuerung und Rüstungsauslagen in engstem Zusammenhang stehen. Auch den immer und immer wieder gemachten Einwand, die Rüstungsausgaben seien produktiv, weil sie in Form von Bestellungen der Volkswirtschaft wieder zugute kämen, widerlegt er und beweist im Gegenteil, dass die durch Steuern und sonstige Abgaben (Zölle!) der gesamten Volkswirtschaft zugefügten Nachteile niemals aufgewogen werden können durch die Vorteile, die für die relativ kleinen Erwerbsgruppen der Armee- und Marinelieferanten dadurch entstehen. Auch das Argument, die Rüstungen seien zum Schutz der Handelsflotte, der Angehörigen in andern Ländern und des Auslandshandels notwendig, seien hinfällig, denn die Grösse der Rüstungsausgaben stehe in gar keinem ursächlichen Zusammenhang mit den erwähnten wichtigen

Auslandsinteressen. Im Gegenteil. Nicht Kriegsschiffe, sondern ganz andere Faktoren entscheiden im Aussenhandel, was „ungeschützte“ Länder wie Holland, Belgien oder die Schweiz, die trotzdem grosse Exportländer sind, schlagend beweisen. Kobatsch kommt zu dem Schlusse, die Staaten müssten dem ökonomischen Gesetze der Erreichung der Zwecke mit möglichst geringem Aufwand an Mühe und Geld folgen, zur „Kartellierung“ schreiten und zwar durch Vereinbarung von obligatorischen internationalen Schiedsverträgen.

Man sieht, die Resultate, zu denen Kobatsch gelangt, sind äusserst bemerkenswert, und darum verdient es die Schrift, wenn sie von recht vielen, nicht nur Pazifisten und Wissenschaftlern, sondern vor allem auch von der grossen Masse des Publikums und nicht zuletzt von den Parlamentariern (auch unsern schweizerischen) gelesen würde.

* * *

In China vollzieht sich gegenwärtig ein Umwandlungsprozess, dessen Ausgang und Folgen sich heute noch gar nicht übersehen lassen. Eines allerdings ist sicher: mit der Herrschaft der Mandschudynastie ist es vorbei! Dagegen muss dahingestellt bleiben, ob die von den Revolutionären aufgerichtete Republik die endgültige Staatsform des neuen Reiches der Mitte sein wird, sein kann, besser gesagt, oder ob es sich vielmehr nicht um ein blosses Provisorium handelt. Es ist nämlich bei weitem nicht das ganze chinesische Reich, das sich für die Republik ausgesprochen hat. Im Gegenteil! Bloss eine Anzahl Südstaaten haben sich für die republikanische Staatsform erklärt, während die Mongolei, Tibet, Chinesisch-Turkestan und alle nördlich des Yangtse gelegenen Provinzen durchaus monarchisch gesinnt sind. Somit besteht die Gefahr, dass mit der Beseitigung der Monarchie und mit der Errichtung der Republik die Zerstückelung, das Auseinanderfallen des mächtigen Reiches Hand in Hand gehe. Und daher liegt die Annahme nahe, angesichts dieser Gefahr sähen sich die Führer der Aufstandsbewegung gezwungen, hinterher zur Wiedereinführung des Kaisertums, eines konstitutionellen natürlich, zu schreiten, sofern sie ausländische Eimischung vermeiden wollen. Wie dem auch sei, jedenfalls wird die Gestaltung der Verhältnisse Chinas nicht ohne tiefgehende Rückwirkung auf Europa, Amerika und Japan sein. Zerbröckelt das grosse chinesische Reich, dann muss man mit ausländischen Interventionen rechnen, und diese könnten Anlass zu den folgeschwierigsten Konflikten unter den erwähnten Mächten geben. Man begreift es daher, wenn diese mit grösster Besorgnis nach dem Osten Asiens blicken und der drohenden Auflösung Chinas entgegenzuarbeiten suchen, mit Ausnahme — Russlands. Ja, Russland, Russland steht wieder einmal auf der Lauer, um im gegebenen Moment dem wehrlosen Gegner ein Stück wegzureissen. Mit Argwohn verfolgt man sein Verhalten hinsichtlich der Mongolei. Und man hat leider Grund genug dazu. Versuchte nicht Russland von der Türkei, als diese in den Krieg mit Italien verwickelt war, die Durchfahrt seiner Kriegsschiffe durch die Dardanellen zu erzwingen! Die Pforte wies Russland ab, und dieses dementierte hierauf, dass es jemals an eine Oeffnung der Dardanellen zu seinen Gunsten gedacht hätte. Dann kam Persien. Statt dem durch innere Wirren zerrissenen Nachbar in seiner Bedrängnis beizustehen, richtete es zwei Ultimatus hintereinander an ihn. Sie wurden erfüllt, aber gleichwohl marschierte Russland in Persien ein. Auch hier wurde alles dementiert, ganz einfach dementiert, was ist auch einfacher, als unbequeme Tatsachen einfach wegzuleugnen! Und nun die Mongolei. Offenbar möchte der russische Bär — fürwahr ein unersättlich, gefräßiges Raubtier — sein Gebiet durch die nicht ganz kleine Mongolei vergrössern. Um dies leichter zu bewerkstelligen, wird an die chinesische Regierung die Forderung gerichtet, die Unabhängigkeit der Mongolei zu anerkennen. Die Sache ist aber zu plump, auf dass niemand merkte, wohin dies zielte. Die andern Mächte fühlen sich sehr getroffen durch das brutale Vorgehen Russlands. Nun setzt sofort die offizielle Dementierungsmaschine wieder ein, und kurzweg wird alles in Abrede gestellt: Russland hat ja gar nie, aber auch gar nie Absichten auf die Mongolei gehegt oder einen andern Teil Chinas. Aber wer glaubt das? Niemand natürlich. Wer vermöchte es auch nach den Erfahrungen, die man bezüglich Persiens machen musste. Was wird aus China werden? Das ist die bange Frage, die man sich stellt. Niemand weiss es, niemand kann eine sichere Antwort darauf erteilen. Auch hier heisst es: Abwarten und hoffen, das alte Reich der Mitte werde glücklich aus seinen innern Kämpfen hervorgehen zu einem neuen gesetzlichen Reiche. Eines aber kann man nicht nachdrücklich genug betonen: wie niedrig und verwerflich die Politik ist, die die innern Wirren eines Landes dazu benützt, um sich auf dessen Kosten zu bereichern. Und gegen diese Politik, sei es jetzt Russland oder ein anderer Staat, der sich ihrer bedient, kann nicht scharf genug protestiert werden.

* * *

Die Bestrebungen, die Beziehungen zwischen Grossbritannien und dem Deutschen Reiche zu fördern, werden von den Friedensfreunden beider Länder energisch fortgesetzt. Namentlich aber in England ist man eifrig bemüht, das Verhältnis zu dem stammverwandten deutschen Nachbar zu bessern, und erfreulich ist es, dass diese Bestrebungen von den regierenden Kreisen kräftige Unterstützung erfahren. Wie bereits gemeldet, haben etwa achtzig Unterhausmitglieder dem Premierminister eine Denkschrift überreicht, welche eine Annäherung Englands an Deutschland verlangt.

Im weitem gelangte in einer grossen Versammlung der Gesellschaft für deutsch-englische Annäherung, die unter dem Vorsitz des Lordmajors von London im Mansion House stattfand, eine Resolution zugunsten einer deutsch-englischen Verständigungspolitik zur Annahme.

Neuerdings hat eine Unterredung, die ein Vertreter der „Daily News“ mit Lord Lonsdale gehabt, die Runde durch die Presse gemacht und erregte grosses Aufsehen, in Deutschland wohl mehr noch als in England. Lord Lonsdale ist ein intimer Freund Kaiser Wilhelms II. und hat sich in diesem Interview wie folgt geäussert. Der deutsche Kaiser habe immer die wärmsten Gefühle für England gehegt. Wenn der Kaiser nicht von vornherein so fest entschlossen gewesen wäre, keinen Krieg zu führen, hätte wohl kein Kabinet dem starken Sturme widerstehen können. Der Kaiser habe niemals daran gedacht, England oder irgend einen andern Punkt des britischen Reiches anzugreifen. Trotzdem er ein grosser Soldat sei, werde Wilhelm II. niemals etwas tun, einen Krieg heraufzubeschwören, es sei denn, dass er gezwungen werde, das Schwert zu ziehen, wenn die Interessen Deutschlands auf dem Spiele ständen. Kein grosser Soldat werde heute noch die Verantwortung für einen Krieg leichtsinnig übernehmen.

Am Neujahrstage haben dann hervorragende Mitglieder der englischen Regierung der englischen Schiedsgerichtsliga zur Kenntnis gebracht, dass es ihr Wunsch und ihr Bestreben sei, eine Verständigung

gung zwischen England und Deutschland herbeizuführen.

Und weiter kommt aus England die Nachricht, der Ausschuss des englischen Friedenskongresses habe an alle Handelskammern, an eine Anzahl kommerzieller Gewerkschaften, religiöser Vereinigungen und anderer Organisationen eine Umfrage gerichtet, in der sie um eine Meinungsäusserung und um Unterstützung seiner Bestrebungen für eine Verständigung mit Deutschland ersucht werden. Die einlaufenden Antworten lauten ohne Ausnahme zustimmend. Unter den Handelskammern, die sich in diesem Sinne geäussert haben, befinden sich die von Aberdeen, Blackburn, Bradford, Carlisle, Edinburgh, Grimsby, London, Manchester, Newcastle, Oldham, Portsmouth, Plymouth, Südschottland und Sunderland. Viele Versammlungen werden nunmehr vorbereitet, in welchen die englische Regierung aufgefordert werden soll, die Beziehungen zu Deutschland durch Taten zu fördern.

Hoffen wir, das Vorgehen der englischen Friedensfreunde finde in Deutschland Widerhall und vor allem Nachahmung! Mit dem Ruf nach Vermehrung und Verstärkung von Flotte und Heer treibt man keine Verständigungspolitik, und wenn gar Erweiterung des Kolonialbesitzes gefordert wird, wie dies seitens der rechtsstehenden Parteien und der Jungliberalen Deutschlands geschieht, so weiss man nicht recht, was man dazu sagen soll. Gerade ein Ausdruck des „festen Willens zu friedlicher Politik“ scheinen diese Forderungen nicht zu sein, und vollends nicht das geeignete Mittel, eine Ära der Versöhnung und Verständigung mit England einzuleiten.

* * *

In den Kreisen der Hochfinanz wird zurzeit die Bildung einer Internationalen Banken-Allianz, mit Sitz in Washington, erwogen. In einer Programmschrift sollen, nach Mitteilung der „Staatsbürger-Zeitung“, folgende Sätze gestanden haben:

„Die Stunde hat geschlagen für die Hochfinanz, öffentlich ihre Gesetze der Welt zu diktieren, wie sie es bisher im verborgenen getan hat. Die Hochfinanz ist berufen, die Nachfolge der Kaiserreiche und Königtümer anzutreten und das mit einer viel grösseren Autorität, da ihre Autorität sich nicht über ein Land, sondern über den Erdball erstrecken wird.

Die Hochfinanz wird Herrin über Krieg und Frieden werden, und da die Aufrechterhaltung des Friedens in ihrem Interesse liegt, so wird sie den Nationen ständig den Frieden auferlegen. Auf solche Weise wird sie sich den Zehnten verdienen, den sie von der Arbeit des Einzelnen wie von dem öffentlichen Vermögen erhebt. Man wird sie ohne Unterlass segnen, da sie dazu auftritt, den Janustempel für immer zu schliessen.“

Auf den ersten Blick scheinen dies hochtrabende Worte zu sein. Geht man aber der Sache nach und auf den Grund, dann wird man finden, dass sie nichts weniger als Uebertreibung sind. Was hier als Programm, als Aufgabe der geplanten Internationalen Bankallianz aufgestellt wird, das ist, wie die obigen Ausführungen ganz richtig bemerken, bereits vorhanden, im verborgenen allerdings. Die internationale Geld- und Kreditwirtschaft ist in der Tat einer der wichtigsten Faktoren, die heute und künftig einen Krieg auf dem europäischen Kontinent geradezu verunmöglichen. Darauf hat u. a. vor einiger Zeit auch Bebel hingewiesen, und das ist letzten Sommer, wie sich nun herausstellt, praktisch geworden, d. h. mit ein Hauptgrund gewesen, der den Ausbruch eines europäischen Krieges verhinderte. In der Zeit der grossen Geldknappheit in Berlin, die infolge des Rückzuges ausländischer, zumal französischer Gelder wegen der Kriegsgefahr eintrat, sei eine amerikanische

Finanzgruppe mit grossen Kapitalien zu Hilfe gekommen, aber — und das ist der springende Punkt — unter der ausdrücklichen Bedingung, dass Deutschland es auf keinen Fall zum Kriege kommen lassen dürfe Wenn man anderseits an die gewaltigen Arbeiterdemonstrationen gegen den Krieg denkt, so muss man sagen, dass die internationale Hochfinanz und die internationale Arbeiterschaft zusammen, sofern sie den Willen dazu haben, unbedingt auch die Macht besitzen würden, den Frieden Europas aufrecht zu erhalten. So sehr also ist die Aktionsfreiheit der einzelnen Staaten infolge ihrer gegenseitigen Abhängigkeit zueinander eingeschränkt! Wenn man den oben angeführten Friedensversicherungen Glauben schenken darf, dann hätten wir in der Tat das seltsame Schauspiel, die beiden denkbar entgegengesetztesten und feindlichsten wirtschaftlichen Interessengruppen, die internationale Hochfinanz und die internationale Arbeiterschaft, Schulter an Schulter gegen den Krieg und für den Frieden kämpfen zu sehen. Ob man daran wirklich glauben darf?!

* * *

Einer Zeitungsnotiz entnehmen wir folgende interessante Aufstellung. Zwischen der schweizerischen Eidgenossenschaft und den folgenden Staaten sind Schiedsverträge abgeschlossen worden: Belgien, Frankreich, Grossbritannien, Italien, Portugal, Schweden, Norwegen (seit 1904), Spanien (seit 1907), Vereinigte Staaten von Amerika (seit 1909). Bestimmungen über die schiedsgerichtliche Erledigung von Anständen sind in der von der Eidgenossenschaft mit folgenden Staaten abgeschlossenen Handelsverträgen enthalten: Deutsches Reich, Frankreich, Ecuador, Italien, Kongo, Oesterreich-Ungarn, Rumänien, Salvador und Serbien.

—o—

Propagandavorträge von R. Feldhaus.

Seit Ausbruch des italienisch-türkischen Krieges fanden in der Schweiz und Deutschland 21 Vorträge des eifrigen Redners statt, nämlich: 1. Oktober, Oberwil (Baselland); 4. Oktober, Ulm; 5. Oktober, Heidenheim; 6. Oktober, Truchtershausen; 8. Oktober, Waldenburg; 15. Oktober, Birsfelden; 29. Oktober, Brunnen (Sektionsgründung); 10. November, Frankfurt a. M.; 11. November, Schorndorf; 12. November, Tailfingen; 16. November, Basel, Kaufmännischer Verein; 19. November, Bottmingen; 29. November, Basel Bernoullinum (für die Lehrerschaft von Basel-Stadt); 3. Dezember, Erstfeld (Sektionsgründung); 5. Dezember, Basel, Protestversammlung zu Safran; 8. Dezember, Basel, Monistenbund; 13. Dezember, Zürich, Kaufmännischer Verein (Rezitationsabend aus der Friedensliteratur); 14. Dezember, Zürich, im Friedensverein; 15. Dezember, Worms, im Riesensaal des Konzerthauses, wo sich zirka 1000 Hörer eingefunden; 17. Dezember, Luzern, in der Aula der Kantonsschule; 18. Dezember, Emmenbaum bei Luzern.

Am 5. Januar 1912 sprach Herr Feldhaus auf spezielle Einladung von Frau von Suttner in Wien. Ueberall hat der Vortrag aus ihrem neuen Roman „Der Menschheit Hochgedanken“ grossen Beifall gefunden. Bis Ende 1911 hat der verdiente Redner wieder einige Hundert neue Mitglieder gewonnen. Der Zeitpunkt ist gegenwärtig ausserordentlich günstig für die Friedenspropaganda.

—o—